

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-,
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 11.04.2013**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 16:35 Uhr bis 18:45 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Ute Haupt	DIE LINKE – Ausschussvorsitzende
Herr Dr. Erwin Bartsch	DIE LINKE
Herr Dr. Mohamed Yousif	DIE LINKE
Herr Roland Hildebrandt	CDU
Herr Andreas Schachtschneider	CDU
Herr Robert Bonan	SPD
Frau Hanna Haupt	SPD
Frau Sabine Wolff	MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM
Herr Christoph Menn	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Mamad Mohamad	SKE
Herr Manfred Czock	SKE
Frau Petra Tomczyk-Radji	SKE
Herr Eric Eigendorf	SKE
Frau Annette Wunderlich	SKE
Frau Dr. Jeannette Drygalla	SKE
Herr Norwin Dorn	Seniorenrat
Frau Martina Grummisch	Bereichsleiterin Jobcenter Halle
Frau Martina Vofrei	Bereichsleiterin Jobcenter Halle
Frau Susanne Wildner	Gleichstellungsbeauftragte
Herr Dr. Toralf Fischer	Behindertenbeauftragter
Frau Petra Schneutzer	Beauftragte für Integration und Migration
Frau Kerstin Riethmüller	Seniorenbeauftragte
Herr Jörg Baus	Fachbereichsleiter FB Soziales
Frau Annerose Winter	Abteilungsleiterin Soziale Hilfen FB Soziales
Frau Dr. Christine Gröger	Fachbereichsleiterin FB Gesundheit
Frau Dr. Uta Schwarzer	Abteilungsleiterin Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung FB Gesundheit
Frau Andrea Simon	Führungsunterstützer SGB II Geschäftsbereich IV
Herr Christoph Römer	Geschäftsführer Evangelische Stadtmission Halle
Frau Ronneberger	Werkstattleiterin WfB
Frau Blenklein	Lebenstraum e. V.
Frau Tschenker	Lebenstraum e. V.
Frau Schmidt	Schlesisches Konvikt
Frau Sotenic Roth	Stellvertretende Ausländerbeiratsvorsitzende
Frau Veronica Chituo Umensofor	Mitglied Ausländerbeirat

Entschuldigt fehlen:

Herr Raik Müller	CDU
Herr Manfred Schuster	DIE GRAUEN/Volkssolidarität
Herr Christoph Menn	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Frau Ute Borchert	SKE
Frau Brigitte Thieme	SKE
Herr Klaus Prestele	LIGA
Frau Sylvia Tempel	Geschäftsführerin Jobcenter Halle
Herr Tobias Kogge	Beigeordneter
Frau Sylke Bühler	Projektmanagerin FB Gesundheit
Herr Andreas Wilhelm	amt. Leiter DLZ Familie

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, eröffnete die Sitzung und stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit fest. Sie begrüßte die Mitglieder und Gäste zur heutigen Sitzung. Anschließend gratulierte sie auch im Namen der Ausschussmitglieder **Frau Schneutzer, Beauftragte für Migration und Integration**, zum Geburtstag und wünschte ihr alles Gute sowie Durchhaltevermögen und den nötigen Optimismus, ebenso recht viel Erfolg bei der weiteren Arbeit.

Sie stellte weiterhin zwei neue Mitglieder im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss vor, **Herrn Eigendorf** als **sachkundigen Einwohner SPD-Fraktion** und **Herrn Menn, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** - heute nicht anwesend - sowie **Herrn Prestele** als neuen **Liga-Vertreter**, welcher heute auch abwesend ist.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, gab zur Kenntnis, dass die Niederschrift vom 14.3.2013 erst heute ausgegeben wurde und somit nicht beschlossen werden kann, sie wird auf die Tagesordnung der Sitzung am 16.5.2013 gesetzt werden.

Frau Dr. Drygalla, sachkundige Einwohnerin Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bat die Verwaltung, dass die Protokolle zeitnah zur Verfügung gestellt werden. Es ist wiederholt vorgekommen, dass sie nicht zur nächsten Sitzung vorlagen.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, verwies auf die heute vorgelegte Austauschvorlage Fördermittel und einen gemeinsamen Änderungsantrag dazu sowie auf den neuen Themenspeicher. Ebenfalls lag schon vor der Sitzung eine mündliche Anfrage von **Frau Tomczyk-Radji, sachkundige Einwohnerin CDU-Fraktion**, vor.

Anschließend machte **Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, den Vorschlag, TOP 10 vorzuziehen.

Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion, schlug vor, TOP 9 ebenfalls vorzuziehen.

Diesen Änderungen stimmten die Ausschussmitglieder zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende Tagesordnung beschlossen:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschriften vom 14.2.2013 und 14.3.2013
4. Bericht der Geschäftsführung des Jobcenters Halle
5. Vorstellung des neu gewählten Ausländerbeirats

6. Beschlussvorlagen
- 6.1. Fördermittel für Träger und Projekte der sozialen Arbeit - Pflichtbereich
Vorlage: V/2013/11560
- 6.1.1 Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, SPD und CDU zur Vorlage "Fördermittel für Träger und Projekte der sozialen Arbeit - Pflichtbereich" (Vorlagen-Nr.: V/2013/11560)
Vorlage: V/2013/11652
7. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 7.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE. und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Familienberichterstattung – Teilbericht Kinderarmut
Vorlage: V/2013/11473
8. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
9. Vorstellung Wohnen für Behinderte des Evangelischen Stadtmission e. V. sowie der Berufsausbildung und Zertifizierungsverfahren in den Werkstätten
10. Vorstellung des Trägers Schlesisches Konvikt und Lebenstraum zum Projekt Wohnungen für Behinderte
11. Mitteilungen
- 11.1. Bericht Bildung und Teilhabe
- 11.2. Themenspeicher
- 11.3. Mitteilung zum Persönlichen Budget durch den FB Soziales
12. Beantwortung von mündlichen Anfragen
13. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschriften vom 14.2.2013 und 14.3.2013

Es gab keine Anmerkungen zur Niederschrift vom 14.2.2013.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, bat um Abstimmung zur Niederschrift.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

zu 4 Bericht der Geschäftsführung des Jobcenters Halle

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, begrüßte **Frau Grummisch, Bereichsleiterin Jobcenter Halle** und **Frau Vofrei, Bereichsleiterin Jobcenter Halle** und erteilte ihnen das Wort.

Frau Vofrei, Bereichsleiterin Jobcenter Halle, erläuterte den aktuellen Kreisreport mit Stand März 2013, welcher an die Mitglieder des Ausschusses ausgeteilt wurde. Anschließend erläuterte **Frau Grummisch, Bereichsleiterin Jobcenter Halle**, die aktuellen Zahlen zu Bildung und Teilhabe SGB II per 31.3.2013. Diese Statistik wurde den Ausschussmitgliedern ebenfalls zur Verfügung gestellt.

Anschließend ließ **Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, Fragen zu.

Herr Czock, sachkundiger Einwohner CDU-Fraktion, sagte, dass er verschiedene Modelle für Weiterbildung aus anderen Städten kennt, die nicht nur Bewerbungstraining beinhalten. Diese sollte man sich ansehen und auch für die Stadt Halle nutzen, um mehr Menschen in Arbeit zu vermitteln.

Frau Vofrei, Bereichsleiterin Jobcenter Halle, informierte, dass es genügend Möglichkeiten mit Maßnahmen bei einem Träger oder Maßnahmen bei Arbeitgebern gibt. Die Leute müssen durch Trainingsmaßnahmen fit gemacht werden, um auf dem ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden zu können. Ein Teil der Kunden sei nicht genügend motiviert.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, dankt den Vertreterinnen des Jobcenters für die Mitteilungen.

zu 5 Vorstellung des neu gewählten Ausländerbeirats

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, begrüßte **Frau Roth als Stellvertretende Vorsitzende des Ausländerbeirates** und erteilte ihr das Wort.

Frau Roth, Stellvertretende Vorsitzende des Ausländerbeirates, bedankte sich für die Gelegenheit, sich und die Arbeit des Ausländerbeirates hier vorstellen zu dürfen. Der Vorsitzende des Ausländerbeirates ist heute dienstlich in Berlin und kann deshalb nicht an der Sitzung teilnehmen. **Frau Roth, Stellvertretende Vorsitzende des Ausländerbeirates**, stellte **Frau Umenofer** als **Mitglied des Ausländerbeirates** vor. Der Ausländerbeirat ist ein gewähltes ehrenamtliches Gremium.

Frau Roth, Stellvertretende Vorsitzende des Ausländerbeirates, informierte darüber, dass eine neue Vereinbarung mit dem Oberbürgermeister Herrn Dr. Wiegand vorbereitet wurde und nun zur Unterzeichnung vorliegt. Der Ausländerbeirat möchte sich verstärkt politisch engagieren und unterstützt das Bündnis der Migrantenorganisationen. Besonders hob sie die Zusammenarbeit mit der **Beauftragten für Migration und Integration der Stadt Halle, Frau Schneutzer**, hervor und bedankte sich bei ihr für die Hilfe und Unterstützung.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, bedankte sich bei **Frau Roth, Stellvertretende Vorsitzende des Ausländerbeirates**, für die bisher geleistete Arbeit und die vielfältigen Aktionen. Sie ließ nun Fragen zu.

Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, sagte, dass es in der Sitzung im Jugendhilfeausschuss noch Probleme mit der Satzung gab und ob dies nun geklärt sei. Er fragte nach, wohin die Vereinbarung steuert.

Frau Roth, Stellvertretende Vorsitzende des Ausländerbeirates erläuterte, dass die Satzung und die Vereinbarung neu überarbeitet wurden. **Frau Roth, Stellvertretende Vorsitzende des Ausländerbeirates**, informierte, dass die Satzung nun in Ordnung sei. **Frau Schneutzer, Beauftragte für Migration und Integration**, ergänzte dazu, dass der Ausländerbeirat seine Satzung in Eigenverantwortung beschließt, da es sich nicht um einen Ausländerbeirat handelt, der auf der Grundlage der Gemeindeordnung basiert.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, wünschte dem Ausländerbeirat weiterhin viel Erfolg.

zu 6 **Beschlussvorlagen**
zu 6.1 **Fördermittel für Träger und Projekte der sozialen Arbeit - Pflichtbereich**
 Vorlage: V/2013/11560

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, verwies auf den gemeinsamen Änderungsantrag zur Vorlage. Dieser wurde erforderlich durch die Probleme der Bereitstellung der Fördermittel für den Seniorenrat und den Ausländerbeirat. Die Verwaltung hat nun eine Änderungsvorlage vorgelegt. Dazu erteilte **Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, Herrn Baus, Fachbereichsleiter Soziales**, das Wort.

Herr Baus, Fachbereichsleiter Soziales informierte, dass in der vorgelegten, geänderten Vorlage die drei Punkte des Änderungsantrages zu 100 % aufgenommen wurden. Damit kann der Änderungsantrag als erledigt betrachtet werden.

Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion, fragte, ob der Pflichtbereich abgestimmt werden muss, dies muss sowieso von der Verwaltung gemacht werden. **Herr Baus, Fachbereichsleiter Soziales**, beantworte diese Frage dahingehend, dass es zwar ein Pflichtbereich ist, jedoch die Höhe sei Ermessen bzw. Spielraum, der nach unten gedeckelt ist.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, gab zu überlegen, ob die 5.000 Euro höher gesetzt werden können, da dies ihr zu wenig erscheint für den Ausländerbeirat.

Herrn Schachtschneider, CDU-Fraktion, fehlt Punkt 3 des Antrages, dieser wäre doch nicht übernommen. **Herr Baus, Fachbereichsleiter Soziales**, informierte dazu, dass Abschlüsse bereits ausgezahlt wurden. Die Verwaltung handelt hier so schnell wie möglich.

Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion, gab zu bedenken, dass der Ausländerbeirat bisher nur sporadisch gearbeitet hat.

Frau Hanna Haupt, SPD-Fraktion, fiel auf, dass es verschiedene Beiräte in der Stadt gibt mit unterschiedlich hohen Summen und fragte, was sich dahinter verbirgt und wünscht sich mehr Klarheit, wofür – Personal- oder Sachkosten - die Gelder eingesetzt werden. **Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, verstand dies als Anregung. **Frau Winter, Abteilungsleiterin Soziale Hilfen Fachbereich Soziales** informierte, dass es sich beim Ausländerbeirat nur um Sachkosten handelt, beim Seniorenrat sind es Personalkosten und Sachkosten. **Frau Wildner, Gleichstellungsbeauftragte** ergänzte, dass alle Förderungen abgerechnet werden und die Verwaltung prüft, wofür das Geld verwendet wird. Nicht alle Räte machen die gleiche Arbeit, dies gestaltet sich auch unterschiedlich.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, wies darauf hin, dies berühre die strategische Sozialplanung. Es wird viel gemacht, was nicht immer alle mitbekommen.

Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, bat beide Räte, kurze Berichte über ihre Arbeit vorzulegen.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, fragte die sachkundigen Einwohner, ob sie ein zustimmendes Votum für die Vorlage abgeben können.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Anschließend bat Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, die Stadträte um Abstimmung.

geänderter Beschluss:

1. Die inhaltliche Herangehensweise bei der Vergabe der finanziellen Mittel und die damit verbundene Prioritätensetzung, wie sie für jedes Projekt vorgeschlagen wird, wird bestätigt.
2. Den Vorschlägen der Bezuschussung von Projekten im Pflichtbereich wird zugestimmt Anlage 1).

Finanzielle Auswirkung:

Produkt:	1.31107 -	389.609 € 415.159 €
	1.31201 -	866.207 €
	1.33101 -	50.000 €
Summe:		1.305.816 € 1.331.366 €

Formatiert: Schriftart: 11 Pt., Fett, Kursiv

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

zu 6.1.1 Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, SPD und CDU zur Vorlage "Fördermittel für Träger und Projekte der sozialen Arbeit - Pflichtbereich" (Vorlagen-Nr.: V/2013/11560)
Vorlage: V/2013/11652

Beschlussvorschlag:

1. Unter der Zielgruppe Senioren wird der „Seniorenrat“ mit der Einstellung von Fördermitteln in Höhe von 20.550,00 Euro aufgenommen.
2. Für die Arbeit des Ausländerbeirates wird die Fördersumme von 5.000,00 Euro eingestellt.
3. Der Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss (SGGA) fordert die Verwaltung auf, die Abschlagszahlungen der Fördermittel für das 1. und 2. Quartal unverzüglich nach Beschlussfassung des SGGA auszusahlen.

Abstimmungsergebnis: erledigt,
da von Verwaltung übernommen

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, fragte die Mitglieder des Ausschusses, ob **Herrn Dorn, Vorsitzender des Seniorenrates**, das Rederecht erteilt werden könne. Dies wurde einstimmig bejaht.

Herr Dorn, Vorsitzender des Seniorenrates, bedankte sich bei allen recht herzlich für die Unterstützung, die ihm und dem Seniorenrat hier im Ausschuss zuteil wurde. Es war in letzter Zeit recht schwierig. Nun ist das Geld beim Seniorenrat angekommen, Rechnungen können bezahlt werden.

zu 7 **Anträge von Fraktionen und Stadträten**
zu 7.1 **Antrag der Fraktion DIE LINKE. und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Familienberichterstattung
– Teilbericht Kinderarmut
Vorlage: V/2013/11473**

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, sagte, dass dieser Antrag eine Konsequenz der vergangenen Jahre sei. Für die Kinder in unserer Stadt muss mehr getan werden. Es gibt verschiedene Projekte, Ansätze, Kindern zu helfen. Eltern und Kinder müssen unbedingt unterstützt werden.

Frau Dr. Drygalla, sachkundige Einwohnerin Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erläuterte, dass es darum geht, die Berichterstattung in langfristig angelegte Strategien anzusetzen. Sie bat um Zustimmung zum Antrag.

Da es keine Anfragen gab, bat **Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, die sachkundigen Einwohner, ob sie ein zustimmendes Votum abgeben können.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Anschließend bat Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, die Stadträte um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bis zum III. Quartal 2013 auf der Grundlage der Handlungsempfehlungen der 2. Familienberichterstattung – Teilbericht Kinderarmut einen vom Stadtrat zu beschließenden Maßnahmeplan gegen Kinderarmut vorzulegen.
2. Über die Umsetzung der Maßnahmen wird jährlich im Jugendhilfeausschuss und Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss in Form eines Berichtes durch die Verwaltung informiert. Die Stadtverwaltung analysiert darin weiterhin die Wirksamkeit der Handlungsempfehlungen und die Qualität der Zusammenarbeit mit den verantwortlichen Akteuren.

zu 8 **schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

Es lagen keine schriftlichen Anfragen vor.

zu 9 **Vorstellung Wohnen für Behinderte des Evangelischen Stadtmission e. V.
sowie der Berufsausbildung und Zertifizierungsverfahren in den
Werkstätten**

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, begrüßte **Frau Ronneberger, Werkstattleiterin der WfB** und **Herrn Römer, Geschäftsführer der Evangelischen Stadtmission Halle** und erteilte ihnen das Wort.

Frau Ronneberger, Werkstattleiterin WfB, informierte über das Werkstattprojekt und das Konzept. Es musste eine Zertifizierung durch Qualitätssicherung absolviert werden. Sie informierte über die berufliche Bildung in der WfB, die eine harte Arbeit ist und nicht als minderwertig anzusehen. Es wird geprüft, was auf dem ersten Arbeitsmarkt für Anforderungen gestellt werden, um in Arbeit vermittelt zu werden. Nicht nur geistig Behinderte, sondern auch vermehrt seelisch Behinderte werden in der WfB ausgebildet.

Herr Römer, Geschäftsführer Evangelische Stadtmission, bedankte sich bei den Ausschussmitgliedern, sich und die Arbeit der WfB der Stadtmission hier vorstellen zu dürfen und ergänzte die Ausführungen. Er informierte über die beiden Heime für schwerst Mehrfachbehinderte in Johannashall und am Weidenplan. Angeboten wird betreutes Wohnen, intensiv betreutes Wohnen und ambulant betreutes Wohnen. Die finanzielle Ausstattung wird als problematisch angesprochen. Es gibt sehr große Unterschiede in Ausstattung, Betreuungsschlüssel usw. Er sieht große Probleme beim ambulant betreuten Wohnen. Hier sind neue, moderne Heimformen vorzuziehen. Er sieht es schwierig, junge Menschen ohne schulische Ausbildung und Unterstützung in Arbeit zu bringen. Sachsen-Anhalt hat die niedrigsten Tagessätze in der Eingliederungshilfe.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, dankte für die Ausführungen und bat darum, nun Fragen zu stellen.

Herr Bonan, SPD-Fraktion, fragte zur Berufsausbildung, hier soll schon nach zwei Jahren auf den ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden, wie hoch ist die Vermittlung? **Herr Römer, Geschäftsführer Evangelische Stadtmission**, informiert, dass Halle im Bundesdurchschnitt liegt und im letzten Jahr nur selten eine Vermittlung auf den ersten Arbeitsmarkt möglich war. Es sei eine sehr geringe Prozentzahl.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, fragte nach der Finanzierung 40/60 % Land/Bund. **Herr Römer, Geschäftsführer Evangelische Stadtmission**, antwortete, dass dies im SGB geregelt sei, also Bundesgesetz. Zuständig ist in Sachsen-Anhalt die Sozialagentur, welche die Eingliederungshilfe regelt. Sachsen-Anhalt hat die höchsten Eingliederungskosten pro Kopf, aber die niedrigsten Pflegekostensätze insgesamt. Es gibt einen sehr hohen Anteil an Behinderten in der Bevölkerung.

Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, rät davon ab, die Stufen runterzusetzen in der Eingliederung.

Frau Ronneberger, Werkstattleiterin WfB, möchte Module für fundierte berufliche Bildung schaffen.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, dankt für die Informationen. Hier sollte auch über die Landtagsabgeordneten Einfluss genommen werden.

zu 10 Vorstellung des Trägers Schlesisches Konvikt und Lebenstraum zum Projekt Wohnungen für Behinderte

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, begrüßte zu diesem Tagesordnungspunkt **Frau Schmidt, Schlesisches Konvikt** und **Frau Blenklein, Lebenstraum e. V.**, und erteilte ihnen das Wort.

Frau Blenklein, Lebenstraum e. V. stellte sich und **Frau Tschenker, Lebenstraum e. V.** als Mutter eines schwerstbehinderten erwachsenen Kindes vor und sprach darüber, wie das Wohnprojekt sich entwickelt hat. Angefangen hat es mit der Frage, was wird mit den Kindern, wenn sie groß sind. Sie informierte darüber, dass eine finanzielle Absicherung und

Unterstützung notwendig sei, wenn jemand der Wohngemeinschaft wegbricht. Dann ist das Projekt gefährdet. **Frau Tschenker, Lebenstraum e. V.**, ergänzt, dass es der Wunsch der Eltern ist, dass die Kinder in der Stadt bleiben und in normalem Umfeld, in kleineren Wohngruppen.

Frau Schmidt, Schlesisches Konvikt, stellte sich vor und verteilte Flyer. Sie informierte über das christliche Wohnheim und die selbstbestimmte Wohngemeinschaft als Modellprojekt in Sachsen-Anhalt. Sie lädt für den 12.7., 12.00 Uhr ein in das Schlesische Konvikt. Sie berichtete weiterhin über die Möglichkeit der Begegnung der Behinderten mit den Studenten im Garten.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, dankt für die Informationen.

Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, findet das Projekt mutig und toll. Es sollte im normalen Wohnviertel eine Möglichkeit geben, dass Behinderte in diesen Wohnformen wohnen können. Er sieht es kostengünstig und realitätsnah. Wo kann hier geholfen werden, wie kann man das Projekt unterstützen?

Frau Blenklein, Lebenstraum e. V., sagte, dass für die kleinen Gruppen die Bestätigung der Heimaufsicht vorliegt. Schwierigkeiten gibt es dahingehend, dass die Behinderten im Umfeld unerwünscht sind. In der WG entscheiden die Betreuer und die Bewohner gemeinsam, wer einzieht, es gibt noch keine Rahmenverträge, sondern einzelne Mietverträge. Zieht jemand aus der WG aus und kann nicht zeitgleich ein neuer Mieter gefunden werden, ist die Miete zu hoch und die WG finanziell gefährdet. Auch Pflegedienste müssen bezahlt werden.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, ist erstaunt, was hier in kurzer Zeit für die Kinder in die Wege geleitet wurde.

Frau Dr. Drygalla, sachkundige Einwohnerin Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, ist vom Projekt beeindruckt und fragt nach der Anfangsfinanzierung.

Frau Blenklein, Lebenstraum e. V., informierte, dass es einen Anspruch über die Grundsicherung gibt. Die Miete liegt höher als die Sozialhilfe, die Eltern finanzieren zu. Später fehlen die ehemaligen Eltern irgendwann, dann müssten die Kinder ausziehen.

Frau Schmidt, Schlesisches Konvikt sagte, dass es bei Heimen Rahmenverträge gibt, dies sei hier nicht so. Die Sozialagentur sollte im Sinne der WG entscheiden.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, wünscht für das Projekt viel Kraft und Erfolg.

zu 11 Mitteilungen

zu 11.1 Bericht Bildung und Teilhabe

Frau Simon, Führungsunterstützer SGB II, erläutert den ausgeteilten Bericht BuT und informiert darüber, dass zurzeit eine Abrechnungsphase ist. **Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, nimmt heute am Sozialausschuss des Deutschen Städtetages teil, welche sich auch mit diesem Thema beschäftigt.

zu 11.2 Themenspeicher

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, sprach das Problem der Sitzung am 16.5. an, hier sollte zu KdU informiert werden. **Herr Baus, Fachbereichsleiter Soziales**, informierte, dass in der Stadtratssitzung im Mai das schlüssige Konzept KdU vorgestellt

werden soll, jedoch die beauftragte Firma Analyse & Konzepte am 16.5.13 nicht an der SGGA-Sitzung teilnehmen kann, da es die Ferienwoche ist. Außerdem nimmt die Vorstellung des Konzeptes ca. zwei Stunden in Anspruch, damit würde die Sitzung sehr lange dauern. Als Lösung schlägt **Herr Baus, Fachbereichsleiter Soziales**, eine Sondersitzung nur zu diesem Thema vor, als Termin wären der 7.5. bzw. der 8.5. möglich.

Frau Dr. Drygalla, sachkundige Einwohnerin Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, findet den Mittwoch ungünstig wegen den bevorstehenden Ferien.

Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion, schlägt als Termin den 26.4. vor.

Nach kurzer Diskussion bat **Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, um Abstimmung

Abstimmung zum 26.4.13 2 ja

Abstimmung zum 8.5.13 4 ja

Somit wurde als Termin für die Sondersitzung der 8.5.2013 um 16.30 Uhr festgelegt.

Frau Dr. Drygalla, sachkundige Einwohnerin Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte nach, warum erst jetzt so spät die Ergebnisse vorliegen. **Herr Baus, Fachbereichsleiter Soziales**, erläuterte das Datenschutzproblem, welches zu großen Verzögerungen führte. Außerdem wurden große Datenmengen ausgewertet, ca. 57.000 relevante Mietdaten wurden ausgewertet. Dies war eine Mammutaufgabe..

Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, fragte zum Themenspeicher Oktober zum Besuch des islamisches Kulturzentrums, ob das nun feststehe. **Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, sagte, der Themenspeicher sei als Vorschlag zu verstehen.

zu 11.3 Mitteilung zum Persönlichen Budget durch den FB Soziales

Herr Baus, Fachbereichsleiter Soziales, informierte, dass das persönliche Budget keine neue Leistung sei, sondern eine neue Form der Leistungsgewährung. Statt Sachleistung wird ein Geldbetrag gezahlt. Die Voraussetzungen dafür müssen vorliegen. Es gibt ein Wahlrecht. Zurzeit gibt es nur eine geringe Inanspruchnahme. Eine schriftliche Information wurde den Mitgliedern des Ausschusses zur Verfügung gestellt.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, fragte, ob es weitere Mitteilungen gibt.

Frau Wildner informierte zum Hilfefon für Frauen und stellt Flyer zur Verfügung. Sie sprach weiterhin den Girls'-and-Boys'-Day am 25.April 2013 an, hier wären noch Plätze frei.

Herr Dr. Fischer, Behindertenbeauftragter, informierte über den Arbeitskreis Persönliches Budget unter seiner Leitung und die Beratungsstellen zum Persönlichen Budget und stellte einen Flyer „Mitten in Halle – Persönliches Budget“ zur Verfügung, der allerdings aktualisiert werden muss, weil einige Träger keine Beratung mehr anbieten (u. a. IRIS und IDEAL e. V.). Er informierte weiterhin über den Anfang Mai stattfindenden Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen. Die Auftaktveranstaltung findet am 30.4. in der Martin-Luther-Universität statt. Der Flyer befindet sich im Anhang. Die Stadtmission lädt zur Fachtagung „Sozialraum im Wandel“ am 24./25. Mai in Halle ein.

zu 12 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Frau Tomczyk-Radji, sachkundige Einwohnerin CDU-Fraktion, hatte vorab schriftlich informiert, dass sie folgende mündliche Frage stellen möchte:

Adressat: Statistikamt

Aus subjektiver Wahrnehmung scheint es in den letzten Jahren mehr binationale Eheschließungen in Halle gegeben zu haben - sowohl Eheschließungen zwischen Deutschen und Ausländern sowie zwischen Ausländern.

Frage:

Wie viele Ehen sind in den letzten 3 Jahren in Halle binational geschlossen worden?
Wieviel davon zwischen Deutschen und Ausländern sowie zwischen Ausländern?

Hintergrund:

Ehen, die über Ethnien hinweg geschlossen werden, haben nicht nur eine wichtige Indikatorfunktion der gesellschaftlichen Integration, sie üben auch eine verstärkende Wirkung darauf aus.

Kinder aus inter-ethnischen Ehen identifizieren sich selten mit nur einer ethnischen Gruppe – zumal, wenn solche Ehen in der Gesellschaft keine Ausnahmen darstellen.

Des Weiteren kann der Intergruppenkontakt, der oftmals durch die sozialen Kreise der Eheleute verschiedener ethnischer Herkunft gefördert wird, dazu beitragen, dass bestehende Vorurteile und Stereotype abgebaut werden, indem die individuelle Vielfalt der jeweils anderen Gruppe erfahrbar wird.

Frau Tomczyk-Radji, sachkundige Einwohnerin CDU-Fraktion, bedankte sich für die schnelle schriftliche Antwort, die heute im Ausschuss vorgelegt wurde.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, fragte nach der Rahmenvereinbarung. Kann die Stadt einen Vorschlag machen für eine Vereinbarung mit Lebenstraum e. V? Wie können wir im Ausschuss helfen? **Frau Simon, Führungsunterstützer SGB II**, nimmt dies als Anregung auf.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, fragte nach der Aufnahme der Leistungsakteure in den Seniorenratgeber auf der Halle-Seite. **Herr Baus, Fachbereichsleiter Soziales**, sagte, dass dies eine große Aufgabe sei und frühestens im Sommer realisierbar ist.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, fragte, was bei der Lernförderung erreicht wurde. **Frau Simon, Führungsunterstützer SGB II**, sicherte eine schriftliche Beantwortung zu. Sie informierte, dass Anfang April mit den Schulleitern aller Schulformen beraten wurde. Zum 1.8. gibt es Änderungen im SGB II zu BuT, hier wird auf Vereinfachungen gehofft.

Ebenso fragte **Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM**, nach der Möglichkeit, Vorlagen einen Tag vorher per E-Mail zumindest an die Fraktionen zu versenden.

Frau Dr. Drygalla, sachkundige Einwohnerin Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte nach Änderungen im KiföG zu Kindergartenplätzen, dies sei auch ein soziales Problem im Hinblick auf Kinderarmut. Wird hierzu auch berichtet werden? **Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, sagte, dies gehöre eher in den Jugendhilfeausschuss.

Frau Dr. Drygalla, sachkundige Einwohnerin Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte nach ihrem Antrag zum Indikatorenset. Diese Frage wird an **Frau Schneutzer, Beauftragte für Migration und Integration**, mitgenommen, welche heute nicht mehr anwesend ist.

zu 13 Anregungen

Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, regte an, die Berichte nicht so oft in die unterschiedlichen Ausschüssen zu geben. Hier reiche eine Berichterstattung in einem Ausschuss.

Für die Richtigkeit:

Datum: 30.05.13

Susanne Wildner
Gleichstellungsbeauftragte

Ute Haupt
Ausschussvorsitzende

Martina Kerner
Protokollführerin